



Karl Baumann hat sein ganzes Leben auf dem Bauernhof verbracht.



Fernglas und Pfeife sind die beiden wichtigsten Werkzeuge von «Kari».

sind, übernimmt die Nachbarschaft die Betreuung des betagten Mannes. Bei längerer Abwesenheit der Familie steht allerdings ein Pflegezimmer im Pflegeheim Wassen für ihn bereit.

Inzwischen sind der Bauer und die Spitex-Frau wieder zurück in der Küche. Sie misst ihm den Blutdruck und den Puls und nickt zufrieden: «Wie aus dem Schulbuch.» Baumann kommt ins Erzählen. Er hat den Hof seit seiner Kindheit kaum je verlassen. Wenn, dann verbrachte er höchstens einige wenige Tage im Reusstal. Als junger Mann hat er auf dem Bau gearbeitet. Freiwillig ins Tal zog es ihn nur für die Chilbi und die Fasnacht: «Ich habe halt gerne getanzt», schmunzelt er und zünd-

det sich einhändig die Pfeife an. Der ledige Bauer schwelgt in den Erinnerungen, wie zum Beispiel als er noch zur Alp gehen und Alpenrosen pflücken konnte. Für einen Franken verkaufte er den Strauss an der Sustenpassstrasse.

Verbundenheit der Menschen untereinander prägt das Leben in den Bergen nach wie vor stark. Auch die Spitex kann oft auf Mithilfe von Verwandten und Freunden zählen. «Ohne Angehörige geht es nicht», sagt Schuler. Auch wenn immer mehr junge Menschen abwanderten, der Familienzusammenhalt bleibe stark. Schuler sagt über ihre Arbeit: «Es gibt keine Minute, in der es mir langweilig ist.» Seit bald sieben Jahren

ist sie für die Spitex Uri tätig. Spannend und abwechslungsreich findet sie die Einsätze an den entlegenen Orten. «Mit der Luftseilbahn zu fahren oder über Stock und Stein zu laufen, gehören zu meinem Alltag», erzählt sie mit einem Leuchten in den Augen.

Schön sei es, nach einem Fussmarsch in der Natur in ein warmes Haus zu kommen und als «Gast» dankbar empfangen zu werden. Flexibilität sei unabdingbar, da immer wieder Strassen gesperrt sind wegen Holz- oder Steinschlags oder Lawenniedergängen. So erstaunt es wenig, dass die Mitarbeitenden der Spitex im Kanton Uri jährlich eine Weiterbildung zum Thema Pannenhilfe erhalten, in der sie lernen, Räder zu wechseln oder Schneeketten zu montieren.

Sorge um den Nachwuchs

Immer weniger junge Menschen brächten aber die zahlreichen Eigenschaften und Interessen mit, die für die Arbeit in den Bergkantonen nötig seien. Auch die Spitex Uri spürt dies: «Schwierig ist es vor allem, Pflegefachfrauen mit Spezialfunktionen wie für psychiatrische Probleme zu finden. Weniger Nachwuchsprobleme haben wir hingegen bei den Fachpersonen Gesundheit», sagt Karin Imholz, die Geschäftsleiterin der Spitex Uri. Die Organisation hat einen Versorgungsauftrag des Kantons, in dem festgelegt ist, dass alle pflegebedürftigen Personen Hilfe bekommen sollen, ungeachtet des Wohnortes.

Die hohen Kosten, welche die weitläufige Versorgung mit sich bringt, trägt der Kanton in Form einer Defizitgaran-

10 Minuten Einsatz,
40 Minuten
Anfahrtsweg.

tie. Diese ist auch nötig, denn es können Anfahrtswege von bis zu vierzig Minuten anfallen, die einem zehnminütigen Einsatz gegenüberstehen. Das ist auch der Grund, warum die Konkurrenz der privaten Spitex nur in den leicht zugänglichen Tälern wie dem Urner Talboden arbeitet. Man verstehe sich hier vor allem als Ergänzung zur öffentlichen, gemeinnützigen Spitex, sagt Markus Reck, Direktor der Spitex für Stadt und Land. Seit rund 15 Jahren betreue sie Patienten in Uri. Man bemühe sich nicht aktiv um öffentliche Aufträge, meint er, angesprochen auf die gesamtschweizerischen Bestrebungen privater Spitexbetriebe, öffentliche Leistungsaufträge zu erhalten.

Ein kühner Sprung

Isabelle Schuler reiht gerade ihren kleinen Suzuki in die Schlange von Lastern und Kleinbussen auf der Gotthardautobahn ein. Mit zügigem Tempo fährt sie zurück zum Stützpunkt, eine Routenstrecke. Sie passiert das Transit-Dorf Amsteg. Normalerweise würde sie hier die Autobahn verlassen und ins Maderanertal fahren. Weil jedoch ihr Patient sein Domizil im Winter mit einem sicheren Zimmer im Talboden tauscht, erübrigt sich dies heute.

Die Fahrt durch das wilde und schroffe Maderanertal fällt damit aus, ebenso die Seilbahnfahrt auf die Golzernalp. Auf halber Strecke bei einer Zwischenstation steigt Schuler jeweils aus der schwankenden Kabine. Dabei überwindet sie einen klaffenden Abgrund zwischen Gondel und Plattform. Einmal, erinnert sie sich, führte der nahe gelegene Bergbach Hochwasser, alle rieten ihr von einem Besuch bei dem Patienten ab. «Weil dieser aber dringend Medikamente brauchte, wollte ich nicht absagen», erklärt sie. Sie nahm allen Mut zusammen, warf den Rucksack über den Bach und überwand dann die aufgewühlten Fluten mit einem kühnen Sprung. Trockenen Fusses schaffte sie es rechtzeitig zu ihrem Patienten. Isabelle Schuler mag die Menschen hier: «Sie haben viel Herz und Humor.» Oft erlebe sie, dass sie schmunzelnd aus einem Haus komme und denke: «Ich könnte mir keinen anderen Beruf wünschen.»



Ein Klient wird erst nach Seilbahnfahrt und Fussmarsch erreicht.

BUNDESGERICHT

Im Zweifel gegen das Initiativrecht

Europäische Charta als Vorgabe für Gemeindefusionen

Gemeindefusionen sind laut Bundesgericht nur möglich, wenn die betroffene Bevölkerung zuerst direkt befragt wird. Es erklärt eine Tessiner Volksinitiative für eine Grossfusion für ungültig.

KATHARINA FONTANA

Wie in anderen Kantonen wird auch im Tessin intensiv über die Zusammenschlüsse von Gemeinden diskutiert und gestritten. Um den Prozess namentlich im Sopraceneri voranzubringen, reichte eine Gruppe lokaler Politgrößen 2012 eine kantonale Verfassungsinitiative ein, die je eine Fusion von Locarno und Bellinzona mit den umliegenden Gemeinden fordert. Im Tessiner Grossrat fand das Vorhaben indes bereits sein Ende: Die Initiative verletze das Anhörungsrecht der direkt betroffenen Gemeindebewohner und sei deshalb für ungültig zu erklären. Der Grossrat berief sich dabei auf die Europäische Charta der kommunalen Selbstverwaltung – ein Abkommen des Europarates, das für die Schweiz seit 2005 gilt.

Am Freitag hat sich das Bundesgericht in einer öffentlichen Sitzung mit der Sache befasst und die Ungültigerklärung der Tessiner Volksinitiative knapp bestätigt. Dass ein via Verfassung diktiert, den Gemeinden aufgezwungener Zusammenschluss politisch nicht unbedingt klug ist, wurde lediglich am Rande vermerkt. Zur Hauptsache ging es um die Frage, wie die erwähnte

Charta auszulegen sei. Drei der fünf Richter der I. Öffentlich-rechtlichen Abteilung stellten sich auf den Standpunkt, dass das Abkommen dazu verpflichte, die von einer Gemeindefusion betroffenen Bewohner zuvor um ihre Meinung zu fragen. Dies könne mittels einer Volksabstimmung geschehen oder in anderer geeigneter Form.

Die Minderheit beurteilte diese Interpretation indes alles andere denn als zwingend; die Charta verlange die direkte Befragung der Gemeindebewohner in keiner Weise, der Einbezug der zuständigen Behörden genüge. Statt im Zweifelsfall traditionsgemäß zugunsten des Volkes und der Volksrechte zu entscheiden, wolle die Mehrheit eine missliebige Initiative einzig gestützt auf die fragwürdige Auslegung einer Charta – die für das Bundesgericht bis anhin praktisch noch nie eine Rolle gespielt habe – bodigen, lautete die Kritik.

Dass das Bundesgericht das Abkommen ohne Not derart streng auslegt (wie es wohl keinem anderen Europaratsstaat in den Sinn käme), ist tatsächlich nicht einsichtig – und auch widersprüchlich. Als nämlich das höchste Gericht 2006 die ambitionöse Glarner Fusion stützte, bei der die Landsgemeinde die Zahl der Gemeinden kurzerhand und überraschend von 25 auf 3 reduziert hatte, war ihm das Abkommen noch kein einziges Wort wert; auch der Bundesrat stellte damals fest, dass die Glarner Reform mit Blick auf die Charta keine Probleme aufwerfe.

1C_844/2013 vom 3. 6. 16 – schriftliche Begründung folgt.

Die Kanzel lockt kaum

Gymnasiasten halten Theologiestudium für angestaubt

hhs. · Die Reformierten haben nicht nur ein Schwinden ihrer Schäfchen zu beklagen, sondern auch eines ihrer Hirten: Zahlreiche Pfarrer stehen vor der Pensionierung, während es an den theologischen Fakultäten an Nachwuchs mangelt. Um für das zweite Problem die Ursachen zu finden, gab die Werbekommission Theologiestudium eine Umfrage bei Gymnasiasten in Auftrag. Diese ist mit gut 110 evangelischen Teilnehmern nicht repräsentativ, gibt aber doch einige Hinweise. Die Teenager gestehen dem Theologiestudium zu, dass es lebensnah, vielseitig und herausfordernd ist. Sie sagen aber auch, es sei un-

attraktiv, altmodisch und habe ein Imageproblem («nicht angesehen»). Ähnlich kritisch bewerten sie den Pfarrerberuf selber. In Gesprächen wiesen viele Gymnasiasten auf die hohen Anforderungen des Studiums – so das Erlernen alter Sprachen – hin. Trotz dem Nachwuchsmangel gehen sie davon aus, dass die Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt als Theologen später gering seien. Die Vorstellung, dass der persönliche, christliche Glaube eine unbestreitbare Voraussetzung für das Studium ist, schreckt zusätzlich viele ab. Immerhin 13 Prozent haben sich aber schon überlegt, Theologie zu studieren.

BUNDESGERICHT

Grünes Licht für Aarauer Stadion

ase. Aarau · Am Schluss war es ein einsamer Kampf. Nach jahrelangen politischen und juristischen Diskussionen war es noch ein Anwohner, der die Baubewilligung für das neue Fussballstadion Torfeld Süd in Aarau anfocht. Nun hat das Bundesgericht die Beschwerde abgewiesen. Die Richter kommen zum Schluss, dass die Grenzwerte für Lärm- und Luftmissionen durch das Stadionprojekt nicht überschritten werden.

«Es freut uns sehr, dass mit diesem Urteil eine rund 15-jährige Planungs- und Bewilligungsphase zu Ende geht», erklärt der Aarauer Stadtrat Lukas Pfisterer. Tatsächlich hat das Aarauer Stimmvolk bereits 2005 einen Kredit von 17 Millionen Franken für das Stadion bewilligt, das das veraltete Brügghelfeld ersetzen soll. Vor ziemlich genau zwei Jahren hatte der Aarauer Stadtrat die Baubewilligung erteilt.

Genf wappnet sich gegen den Jihadismus

Neue Präventions-Plattform

aku. · Fünf Jihad-Reisende sind innerhalb des letzten Jahres aus Genf nach Syrien oder in den Irak aufgebrochen, um an der Seite des Islamischen Staates zu kämpfen. Erstmals bestätigte das Genfer Departement für Sicherheit und Wirtschaft am Freitag Zahlen, die seit geraumer Zeit in den Medien kursierten. Es handle sich um drei Schweizer und zwei Ausländer, schreiben die Behörden in einer Mitteilung. Hinzu kämen mehrere Personen, die dabei seien, sich zu radikalisieren. Der Kanton Genf hat sein Sicherheitsdispositiv seit den Anschlägen auf die Redaktion von «Charlie Hebdo» sukzessive verstärkt und verfügt seit kurzem über eine Präventions-Plattform. Bis Ende Jahr soll ausserdem die im Dezember angekündigte Jihad-Hotline in Betrieb genommen werden.